



# Finanzhaushalt 2016 - 2019 des Landes Baden-Württemberg

**Milliarden-Verschwendungen,  
Inkompetenz und Vetterleswirtschaft**

eine Information von Dr. Rainer Podeswa,  
finanzpolitischer Sprecher der  
AfD-Landtagsfraktion

**Alternative**  
für  
Deutschland

FRAKTION IM  
LANDTAG VON  
BADEN-  
WÜRTEMBERG



20.12.2017 Der Landtag beschließt den letzten Finanzhaushalt entgegen der Stimmen der AfD-Fraktion.



**„Die AfD hat tatsächlich ein halbwegs schlüssiges Finanzkonzept vorgelegt - und auch konkrete Einsparvorschläge in nennenswerter Höhe gemacht.“**

**Finanzministerin Edith Sitzmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

## Grüßwort

Lieber Bürger,  
lieber Steuerzahler,

die Landesregierung von Baden-Württemberg unter Bündnis 90/Die Grünen und CDU hat für 2018/19 einen Doppel-Haushalt vorgelegt, den die AfD (wie immer) kritisch durchleuchtet hat. Es folgten unsere Änderungsanträge für Verbesserungsvorschläge. In manchen Bereichen wollten wir, dass das Land deutlich mehr Geld ausgibt - beispielsweise bei Bildung, Polizei, Krankenhäusern und Infrastruktur. In anderen Bereichen machten wir produktive Vorschläge, die dem Land insgesamt über eine Milliarde Euro gespart hätten.

Eine häufige, aber falsche Vermutung vorab: **an den Kosten zur Integration von Flüchtlingen haben wir nicht gespart**. Diese haben wir komplett zur Remigration umgewidmet, um die Kommunen bei den Rückkehr-Bemühungen in befriedete Länder zu unterstützen.

Selbst die grüne Finanzministerin musste zugeben, dass unsere Finanz-Vorschläge durchdacht sind - im Gegensatz zu den Vorschlägen von FDP und SPD.

Die Landesregierung könnte sparen, will aber nicht. Noch nie in der Geschichte von Baden-Württemberg waren die finanziellen Spielräume größer als heute. Aus dem Haushalt 2017 wird die Landesregierung einen „**Haushaltsrest**“ von voraussichtlich über **4 Milliarden Euro** übertragen können. Zusammen mit ungeplanten Steuermehreinnahmen beläuft sich die finanzielle Reserve der Regierung auf **über 6 Milliarden Euro**. Dieser Betrag gilt über den mit 50,5 Milliarden Euro höchsten und ver-



schwenderischsten Haushalt aller Zeiten hinaus.

In „schlechten“ Zeiten konnte die Landesregierung die Grunderwerbsteuer von 3,5% auf 5,0% erhöhen. In der besten Einnahmesituation aller Zeiten denkt sie aber nicht im Traum daran die Bürger wieder zu entlasten. Der Antrag der AfD-Fraktion zur Reduzierung der Grunderwerbsteuer von 5% auf den alten Wert von 3,5% und zusätzliche Freibeträge für Familien mit Kindern wurden abgelehnt. Zum Vergleich: In Bayern beträgt die Grunderwerbsteuer seit Jahrzehnten nur 3,0%!

Mit diesem Heft möchte ich einen kurzen Überblick über die Landeshaushalte von Baden-Württemberg und die Haushaltsdiskussion geben. Ich freue mich über Ihre Rückmeldungen!

**Ihr Dr. Rainer Podeswa**  
Vize-Vorsitzender der AfD-Fraktion  
und Sprecher für Finanzen und Haushalt

PS: Sie kennen eine Steuerverschwendung in Ihrer Region? Unsere Fraktion freut sich auf Ihren Hinweis!

# Haushalts-Volumen 2018/2019

Erstmals in der Landesgeschichte steigen die Ausgaben auf über 50 Mrd. Euro pro Jahr. Dem Beschluss des Doppelsetats gingen 384 Änderungsanträge voran. Wie auch beim letzten Haushalt kamen die meisten Änderungsvorschläge von der AfD-Fraktion.

Schulden-  
stand zum  
31.12.2017:

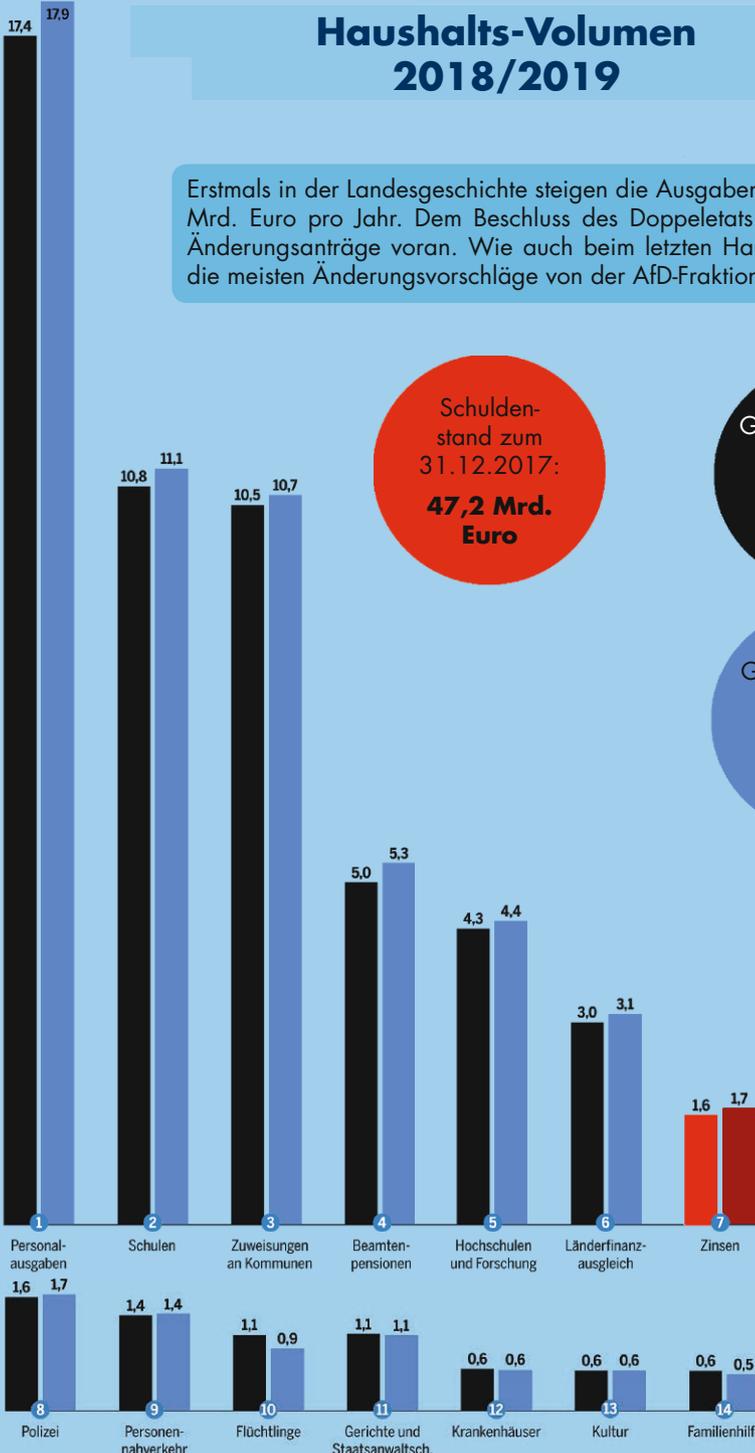
**47,2 Mrd.  
Euro**

Gesamtvolumen  
2018:

**50,5 Mrd.  
Euro**

Gesamtvolumen  
2019:

**51,9 Mrd.  
Euro**



Hinweis: Die Aus-  
gaben links sollen  
darstellen, was das  
Land für einzelne Be-  
reiche ausgibt. Diese  
Liste ist nicht komplett  
und die Kosten (z.B.  
für Personal) sind  
teils untereinander zu  
berücksichtigen.

Die offiziellen Aus-  
gaben gliedern sich  
nach Ministerien.

# Mangelnder Schulden-Abbau und Betrug mit „impliziter“ Verschuldung

## Die Bedeutung von Schuldenabbau

Baden-Württemberg bezahlt 1,6 Milliarden (2018) bzw. 1,7 Milliarden (2019) an Zinsen. Das ist so viel, wie unsere komplette Polizei kostet. Ohne Zinsen könnten wir also z.B. die Polizei verdoppeln. Würden die aktuell niedrigen Zinssätze steigen, z.B. auf das Doppelte, dann müsste das Land 1,7 Milliarden einsparen. Bei Polizei, Bildung, Straßen, usw. Wir müssen diese Schulden daher schnellstens abbauen!

## Schulden-Rückzahlung: 500 statt 2.442 Mio.!

Die Landeshaushaltsordnung verlangt im Sinne der sogenannten „Schuldenbremse“, dass das Land nicht nur keine neuen Schulden aufnimmt, sondern aufgrund der guten Haushaltslage und Rekord-Steuereinnahmen 1.080 Mio. Euro (2018) bzw. 1.362 Mio. Euro (2019) von unseren 47,2 Mrd. Schulden zurückzahlt. Das wäre auch sinnvoll.

Stattdessen tilgt die Landesregierung jedoch nur 250 Mio. Euro an Schulden pro Jahr. Damit würde die Rückzahlung aller Schulden knapp **200 Jahre** dauern - sofern es in den nächsten 200 Jahren keine Krise gibt. Kalkuliert ist aber bereits im folgenden Haushalt eine Deckungslücke. Die erwarteten Einnahmen reichen also nicht und der Schuldenabbau wird schon in zwei Jahren wieder reduziert.

	(Geplanter) Schuldenabbau	Deckungslücke
2017	0	0
2018	250 Mio. €	0
2019	250 Mio. €	0
2020	235 Mio. €	154 Mio. €
2021	102 Mio. €	447 Mio. €

## „Implizite“ Verschuldung

Damit die Regierung nicht gegen die Schuldenbremse verstößt, hat sie auf einen Taschenspieler-Trick gesetzt. Sie hat einfach umbenannt, was „Schulden“ sind. Daran übte nicht nur die AfD massive Kritik, sondern auch Organisationen wie der „*Bund der Steuerzahler*“ und ebenso der Landesrechnungshof.

Statt wirkliche Schulden (Kreditmarkt-Schulden) zu tilgen, hat sie Aufgaben, die sie sowieso erledigen muss (z.B. den Sanierungsstau), als Schuldenabbau klassifiziert.



*„Die Sanierung der landeseigenen Infrastruktur ist absolut notwendig, aber eben keine Schuldentilgung, sondern ganz normale Aufgabe des Staates.“*

Dr. Rainer Podeswa im Landtag

Statt die vorgeschriebenen 2,44 Mrd., zahlt die Regierung nur 0,5 Mrd. Euro zurück. Damit lässt sie noch unzählige Generationen in Schulden leben und riskiert den Wohlstand unseres Landes, denn im Falle von steigenden Zinsen (die für Sparer und Rentner ein Segen und daher wünschenswert wären), würde das Land (genauso wie der Bund und viele Kommunen) massive Finanzierungsprobleme bekommen und müsste in vielen Bereichen Leistungen streichen.



# Geld-Verschwendung

**Ein paar Beispiele** für massive Geld-Verschwendung im Landeshaushalt:

## „Mensch-Wald-Beziehungen“

6 Sozialpädagogen untersuchen künftig im Schwarzwald die „Mensch-Wald-Beziehungen“! Dabei äußerte Finanzministerin Sitzmann (Grüne) im Plenum: *„Wir geben dort mehr Geld aus, wo dies Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger schafft, und nirgendwo sonst.“*



Vielleicht spielte bei der Idee die Finanzministerin (war früher Reiseleiterin und studierte Kunstgeschichte) eine Rolle oder auch ihre Staatssekretärin: **Gisela Splett** (Grüne) arbeitete Anfang der 90er Jahre am Norwegischen Waldforschungsinstitut.

## 1.480 Beamte für 3 Milliarden

Gleich auf der ersten Seite im Paragraph 2 des Landshaushaltsgesetzes streicht die Landesregierung Stelleneinspar-Verpflichtungen in Höhe von 1.480 Beamten. Das bedeutet Gesamtkosten von rund 3 Mrd. Euro über Generationen hinweg. Eigentlich gab der Landesrechnungshof 2011 ein Abbauziel von 15.000 Beamtenstellen bis 2020 vor.

## Über 17 Milliarden/Jahr für Personal

Die meisten Beamtenstellen mögen für sich genommen notwendig sein. In der Masse sind sie es jedoch nicht. Bereits seit 2008 ist festzustellen, dass die Personalausgaben **jährlich um 500 Mio. Euro steigen**. Allein in der Finanzverwaltung sind inzwischen über 16.000 Beschäftigte.



## Prostituierte Umwelt-Beamte?

225 neue Umwelt-Beamte hat sich die Regierung für Ministerium, Regierungspräsidien, usw. gegönnt, um das Weltklima von Stuttgart aus retten zu können. Aber das langt nicht: hinter neuen Gesetzen, u.a. zum Schutz von Prostituierten, versteckte sie weitere 31 Umwelt-Beamte!



Zur Begründung für die vielen Beamten hat sich Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) sogar genötigt gesehen, ein **Gefälligkeitsgutachten** durch den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der Grünen-Fraktion im Bochumer Stadtrat, Jörg Bogumil, erstellen zu lassen. Eine zusätzliche Steuererschwendung.

## Soziale Fantasie-Geschlechter

Neben der Finanzierung dutzender pseudowissenschaftlicher Genderlehrstühle in zweistelliger Millionenhöhe, fördert das Sozialministerium mit zusätzlichen 400.000 Euro jährlich die „Erforschung“ von Fantasiesgeschlechtern. Die Gender-Fanatiker der Altparteien gehen davon aus, dass das Geschlecht sozial „erzogen“ und somit jederzeit frei wähl- und änderbar ist.

## Andachtsraum für Abgeordnete

Der „Raum der Stille“ ist ein neuer Raum im Landtag und exklusiv für die 143 Abgeordneten gedacht. Kosten allein für die Innenausstattung der 60 m<sup>2</sup>: 215.000 Euro. Dafür ist auch ein Kompass nach Mekka enthalten.

Dabei gibt es genügend Kirchen und Moscheen in fußläufiger Entfernung...

# Finanzhaushalt 2018/2019: Unsere Forderungen für die Bürger

Die renommierte OECD bestätigte Deutschland die **zweithöchste Steuer- und Abgabenbelastung weltweit** nach Belgien. Darunter leiden besonders kleine und mittlere Einkommen. Wir fordern in Zeiten von Rekord-Steuereinnahmen Entlastungen der Bürger und Investitionen für die Zukunft.

## Günstigeres Wohnen

Während die AfD-Bundestagsfraktion für eine Senkung der Mehrwertsteuer kämpft, von der insbesondere Geringverdiener profitieren, kämpft die Landtagsfraktion u.a. für eine niedrigere Grunderwerbsteuer und weniger Bauvorschriften, um günstiger Wohnraum zu schaffen und so Bürgern eigene vier Wände zu ermöglichen (die wichtigste Altersvorsorge!), aber eben auch den Immobilienmarkt für Mieter zu entspannen.

## Kommunen und Infrastruktur

Zusätzliche Mittel für die Infrastruktur der Kommunen, aber auch der Neu- und Umbau bzw. die Sanierung von Landesgebäuden wie der Hochschule der Polizei müssen oberste Priorität bekommen.

## Bildung und Schüler-Beförderung

Nach dem Bildungsdesaster brauchen wir eine klare Wendung und Abkehr von der ideologischen Bildung. Wir fordern das dreigliedrige Schulsystem wieder zu stärken und Bildungsexperimente zu beenden. Zudem beantragten wir mehr Geld für Kommunen, um kostenlose Schüler-Beförderung zu ermöglichen.

## Breitbandausbau und Straßen

Um eine starke Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, sowie den ländlichen Raum zu stärken, forderten wir eine Milliarde Euro zusätzlich für den Breitbandausbau sowie für die Erhaltung und Reparatur der Straßen.

## Altersprüfungen und Remigration

Die AfD setzte sich auch 2018/19 für eine Altersüberprüfung bei Asylbewerbern, sowie konsequente Abschiebungen ein.

## 300 zusätzliche Verwaltungsrichter

Die massive Überlastung der Gerichte kostet uns viel Geld. Im Bereich der offenen Abschiebungen, die nicht bearbeitet werden können, lässt sich ein **dreistelliger Millionenbetrag** einsparen.

## Polizei und Feuerwehr

Wir beantragten mehr Mittel für die Polizei, insbesondere Zulagen für den Nachtdienst, sowie 20 Mio. Euro, um die Polizei-Ausbildungskapazitäten schneller zu erhöhen. Für die Feuerwehr wollten wir neue Fahrzeuge im Gesamtwert von 72 Mio. Euro.



## „Beauftragte“ einsparen

Der Bürger wählt Abgeordnete, damit diese sich für ihn einsetzen. Sie sind die Bürgerbeauftragten. Zusätzliche Beauftragte (z.B. Bürgerbeauftragte) zu ernennen ist eine Unart der Regierung, um Versorgungsposten für Parteifreunde zu schaffen. Die AfD will stattdessen den Petitionsausschuss stärken.

## Landeszentrale für politische Bildung abschaffen

Die LpB ist nachweislich politisch nicht neutral. Sogar die Verharmlosung und Förderung von Linksextremismus konnten wir nachweisen. Wir fordern daher deren Abschaffung - politische Bildung muss subsidiär in den Schulen stattfinden.

## Krankenhäuser: 70 Mio. Euro mehr

Um den ländlichen Raum zu unterstützen und eine flächendeckende Versorgung zu garantieren.

# Rückblick: Haushalt 2016/2017

Schon bei unseren ersten Haushaltsberatungen (im Juli 2016 ein **Nachtragshaushalt**) übte die AfD-Fraktion massive Kritik. Fast 100 Beamte gönnte sich die Regierung damals über den Nachtragshaushalt. Dabei hatte sie im regulären Haushalt schon übergenug neue Beamte!

Generell sollten Nachtragshaushalte möglichst bescheiden ausfallen. Jeder Bürger muss planen, wofür er sein Geld ausgeben will. Die Regierung hingegen genehmigt sich nachträgliche Zuschläge. Auch beim neuesten Finanzplan gehen wir davon aus, dass Nachtragshaushalte folgen werden. Und garantiert wird die Regierung darin wieder weitere Posten für Parteifreunde verstecken.

## Landesrechnungshof bestätigte Kritik

Auch gab uns der Landesrechnungshof bereits 2016 in vielen Bereichen recht. Beispielsweise bei unserer Kritik daran, dass immer mehr Lehrkräfte in Ministerien arbeiten und nicht in Schulen.

Anderes Beispiel: aktuell lässt sich die Regierung für mehr Geld für die Kommunen feiern. Dabei muss man erwähnen, dass dieselbe Regierung noch im letzten Jahr den Kommunen im kommunalen Vorwegabzug 250 Millionen Euro weggenommen hat!

## Falsches Parteibuch? Pensionierung!

Direkt zu Beginn unserer Landtagsarbeit deckten wir eine massive Steuerverschwendung auf: 17 Spitzenbeamte wurden wegen des falschen Parteibuchs mit dem Regierungswechsel in den Vor-Ruhestand geschickt. Kosten: rund 3 Mio. Euro.

Den **Landeshaushalt 2017** kritisierten wir mit über 150 Änderungsanträgen, von denen natürlich **kein einziger** von der grün-schwarzen Regierungskoalition angenommen wurde. Insgesamt war das Haushaltsvolumen zum Vorjahr um **7,8%** gestie-

gen, die wirtschaftliche Leistung im Land aber nur um 1,6%.

## Gefängnisse: Arabisch-Unterricht

Beispiel: Ein Kritikpunkt waren Sprachkurse für Justizvollzugsbeamte. Für 150.000 Euro sollten diese u.a. Arabisch lernen, denn wie der Justizminister (CDU) damals eingestehen musste, gibt es nicht nur eine massive Überbelegung in den Gefängnissen, sondern der Ausländeranteil liegt in der Untersuchungshaft auch bei über 70%.



Im Januar 2018 folgte „Video-Dolmetschen“ - die Sprachkurse hatten offenbar keinen Erfolg. Bis zu 200.000 Euro gibt der Justizminister nun jährlich für Online-Dolmetscher in den Gefängnissen aus.

## Gelder im eigenen Land benötigt

Während wir 200.000 Euro für zerfallende Gedenkstätten (darunter auch viele Friedhöfe) in Baden-Württemberg beantragt hatten, berichtete die Presse lieber darüber, dass wir keine *zusätzlichen* Mittel an Gedenkstätten im Ausland geben wollten.

## Stau-Land Baden-Württemberg

Im Verkehrshaushalt hatten wir zusätzliche 40 Mio. Euro für die Erhaltung unserer Straßen beantragt.



## Steuerverschwendungen

Wir beantragten die Millionen für Parteistiftungen zu streichen, sowie alle Professuren, die sich mit „Genderforschung“ befassen. Auch ein überteuertes Elektromoped fürs Staatsministerium hielten wir für eine ideologische Ausgabe.

Durch weitere Sparmaßnahmen, u.a. Altersprüfungen angeblich minderjähriger Flüchtlinge, wollte die AfD-Fraktion insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro einsparen.

## Land zahlt 91 Mio. zu viel

Das Landesamt für Besoldung hat 91 Mio. Euro aufgrund eines Fehlers zu viel an Lohnsteuer gezahlt. Von 2008 bis 2014 wurde die Lohnsteuer für Beschäftigte doppelt abgeführt. Profitiert haben davon der Bund und andere Bundesländer.

Bei 38 Mio. davon besteht Aussicht auf Erfolg einer Rückforderung - die restlichen **ca. 53 Mio. Euro** sind wegen Verjährungsfristen für den baden-württembergischen Steuerzahler wohl **verloren**.

Doch während jeder Bürger seiner zu viel gezahlten Steuer nachgerannt wäre, interessierte das in der Regierung offenbar keinen. Obwohl man den Fehler 2014 bemerkte und die Doppelzahlungen einstellte, kam man erst 2017 auf die Idee der Rückforderung.

Die früheren Finanzminister **Willi Stächele** (CDU) und **Nils Schmid** (SPD) weisen jede Verantwortung von sich und behaupten, sie haben erst 2017 von dem Vorgang erfahren.



## Länderfinanzausgleich

Nach vielen Jahren wurde der neue Länderfinanzausgleich beschlossen. Bekanntlich gehörte Baden-Württemberg 2016 und über Jahre hinweg zu einem von **nur drei** Bundesländern, die einzahlten, während die anderen 13 Bundesländer unser Geld bezogen.

Die AfD kritisierte den neu verhandelten Finanzausgleich als „Milchmädchenrechnung“. Natürlich klingt es gut, dass Baden-Württemberg einen niedrigeren Beitrag zahlen muss. Insgesamt wurden jedoch **Mehrbelastungen von 9,75 Milliarden Euro** ausgehandelt, die nun dafür der Bund tragen soll und somit genauso der Steuer-

zahler. So wird die Verteilung des Ausgleichs nur verschleiert. Zudem haben die Ministerpräsidenten bei den Verhandlungen weitere Verantwortung an den Bund abgegeben und damit die Subsidiarität weiter geschwächt.

Besser wäre es gewesen, für die Nehmerländer zusätzliche Kürzungsanreize zu schaffen, um endlich die Steuerverschwendung zu beenden.





## Zu wenig Luxus pension?

Ein durchschnittlicher Lebensversicherungs-Sparer, der 30 Jahre lang monatlich 200 Euro einzahlt, verliert durch die Nullzinspolitik im Alter rund 50.000 Euro. Das ergibt der einfache Vergleich der Rendite einer Lebensversicherung, die man heute abschließt (Beitragsrendite 2,4%), gegenüber einer Police, die heute nach 30 Jahren Laufzeit fällig ist (Beitragsrendite 4,4%). Ein Verlust, für den keiner aufkommt.

Aber das sind die Probleme der normalen Bürger. Weil einige Abgeordnete inzwischen ebenfalls merken, dass ihre Pensionen mit der **Nullzinspolitik** der Europäischen Zentralbank deutlich geringer ausfallen, wollen sie nun Änderungen. Im Landtag versuchten deshalb **CDU, SPD** und **Grüne** gemeinsam in einer Nacht-und-Nebel-Aktion auf eine Luxusrente umzustellen.

Die baden-württembergischen Abgeordneten scheinen dabei kein Einzelfall zu sein. Als besonders planlos stellten sich kürzlich die EU-Parlamentarier heraus, als sie bemerkten, dass zur Ruhestands-Versorgung von derzeit ca. 700 anspruchsberechtigten Abgeordneten bald nur noch 146,4 Mio. zur Verfügung stehen, aber Ansprüche über 472,6 Mio. Euro existieren. Bedeutet: statt 675.000 Euro gäbe es nur noch 209.000

Euro Rente pro Abgeordneten. Damit begnügen sich diese natürlich nicht, sondern die Differenz wird der **Steuerzahler** tragen...

Für ein Altersvermögen von 209.000 Euro, welches den Abgeordneten nicht reicht, muss ein Normsparer 47 Jahre lang in die Lebensversicherung einzahlen. Für 675.000 Euro sogar 85 Jahre lang.

Vielleicht haben sich die baden-württembergische CDU, Grünen und SPD also an ihren europäischen Kollegen orientiert? Die **Diät** von **7.776 Euro**, die **steuerfreie (!) Aufwandsentschädigung** von **2.169 Euro**, sowie **zusätzliche 1.720 Euro** (alles monatlich!) nur für die Altersversorgung langen ihnen jedenfalls nicht. Vermutlich meinen die Altparteien, wenn sie verkünden „*Wir brauchen mehr Europa*“, eigentlich „*wir wollen mehr Pensionen wie die EU*“?

Die AfD übte massive Kritik an der dreisten Selbstbedienung. Die Altparteien koppeln ihre Luxusrente übrigens gleich noch mit einer Erhöhung der steuerfreien (!) Aufwandsentschädigung, sowie einer Verdoppelung ihres **Mitarbeiterbudgets** auf **über 10.000 Euro monatlich**.

Mit der Luxusrente sichert sich ein Abgeordneter schon nach 13 Jahren im Landtag eine Pension von 2.470 Euro. Die Kosten der Luxusrente lassen sich pro Legislaturperiode auf etwa 100 Mio. Euro schätzen.

Wir glauben Ministerpräsident Winfried Kretschmann auch nicht, dass er von dem dreisten Selbstbedingungsplan seiner grün-schwarzen Regierungsfractionen nichts gewusst hat, wie er behauptet.

Der folgende massive öffentliche Druck, u.a. durch die parlamentarische Opposition der AfD, führte am Ende zur **Rückabwicklung der Luxusrente**. Das „Gesetz mit der kürzesten Gültigkeit“ wurde nach wenigen Tagen wieder gekippt... Nun tagt eine „*Unabhängige Kommission zur Altersversorgung der Abgeordneten*“.



Video: **Dr. Rainer Podeswa** im Landtag zur dreisten Luxusrente und Selbstbedienung.

Ansehen unter:

[www.rainer-podeswa.de/luxusrente](http://www.rainer-podeswa.de/luxusrente)

Doch auch für die Kommission wollten die Altparteien zunächst jede Menge Steuergelder verschwenden (allein 35.000 Euro für eine PR-Agentur!) und erst nach **erneutem Druck** wurden die Kosten der Kommission mehr als halbiert. **Wir wirken.**



Zum Vergleich: **813 Euro** beträgt die Durchschnittsrente im Westen, weniger als die Armutsgrenze von **1.033 Euro** (2015).

## Unnötig hohe Steuern wegen „Haushaltsresten“

Ministerien haben die von ihnen beantragten Gelder nicht benötigt und verwendet, was „Haushaltsreste“ genannt wird. 2015 sammelten sich unter **grün-rot** so **2,67 Milliarden Euro** (6% des Staatshaushaltsplans) an. Die folgende **grün-schwarze** Regierung toppte 2016 mit **3,4 Milliarden Euro** (7,3%) den Zehn-Jahres-Rekord erneut. Das bedeutet, dass der Bürger unnötig hohe Steuern zahlen musste,



die gar nicht benötigt wurden. Spitzenreiter: 2015 brauchte Wirtschaftsminister Nils Schmidt (SPD) 40,3% seiner Mittel nicht. Auch das Staatsministerium von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) steuerte 20% Abweichung bei.

Wir denken: die Ressortzuschnitte der Ministerien erfolgen nicht aus sachlichen Gründen, sondern um die Eitelkeiten der Minister zu befriedigen. Wenn z.B. ein Minister für Justiz und Tourismus gleichzeitig zuständig ist, dann darf man sich über vernachlässigte Geschäftsbereiche nicht wundern.

# Gebrochene Wahlversprechen

Im Landtagswahlkampf gab die **CDU** besonders viele Versprechen ab - bei der Inneren Sicherheit, Bildungspolitik, Familienpolitik, usw. Nun hatte sie ihre große Chance: sie wurde Teil der Regierung und die Steuereinnahmen sind so hoch wie nie zuvor. Bessere Chancen, um die Wahlversprechen einzulösen, gibt es also kaum. Doch sie hält ihre Wahlversprechen nicht...

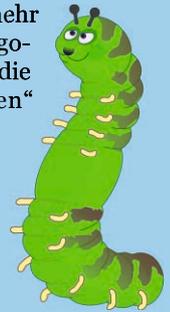


Am Ende der Legislatur werden wir weniger Polizisten haben, statt mehr. Unsere Bildung stieg von den Top-Plätzen auf die schlechtesten - und die CDU-Bildungsministerin nimmt die grün-rote Reform trotzdem nicht zurück, sondern führt sie nahezu 1:1 als grün-schwarze Bildungspolitik weiter. Beispielsweise, indem sie die Gemeinschaftsschulen mit sehr viel höheren Mitteln wie die Gymnasien unterstützt, obwohl Gutachten schon 2015 belegten, dass diese ein „schwäbisches Himmelfahrtskommando“ (FAZ, 16.08.2015) sind.

Statt gute Infrastruktur aufzubauen, versucht die Regierung lieber erfahrenen Weltkonzernen Konkurrenz zu machen, u.a. bei der Digitalisierung - wo wir auch weiter langsames Internet haben werden, dafür die Regierung aber bald in „Cyber-Abwehr“ beraten will.

Von der Verschuldung, die jetzt wohl erst über Jahrhunderte abgebaut werden soll, brauchen wir gar nicht erst zu sprechen. Zukunftspolitik geht anders.

Statt Ingenieure bekommen wir Gender, Trickereien für mehr Beamte und Sozialpädagogen, die im Schwarzwald die „Wald-Mensch-Beziehungen“ erforschen...



Was ist nur mit der CDU los? Wieso lässt sie der grünen Raupe Nimmersatt freie Hand?

„Es ist leider ein Haushalt gebrochener Wahlversprechen und massiver Selbstbedienung“, fasst Dr. Rainer Podeswa insbesondere im Hinblick auf den massiven Stellenaufbau zusammen. „Die Steuerverschwendung ist also wieder nicht das einzige Problem.“

Herausgeber:

**Dr. Rainer Podeswa**, MdL  
Sprecher für Finanzen und Haushalt der  
**AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg**  
Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart

© Landtags-Fotos: Landtag  
von Baden-Württemberg

[www.afd-fraktion-bw.de](http://www.afd-fraktion-bw.de)

rainer.podeswa@afd.landtag-bw.de Tel.: **07131 59832 63**